

Initiative gegen Mehrbelastung

Wohneigentümer entlasten

Liestal. Die nach einem Bundesgerichts Urteil deutlich höheren Eigenmietwerte im Kanton Baselland sollen dem Fiskus in den nächsten drei Jahren nicht zusätzlich 50 Millionen Franken einbringen. Ein bürgerliches Komitee unter der Leitung von Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser hat deshalb die Wohnkosten-Initiative lanciert. Diese will den Rüfen des Bundesgerichts Rechnung tragen, aber auch verhindern, «dass eine Grosszahl von selbstnutzenden Hauseigentümern von der Steuerverwaltung weit über der 60-Prozent-Eigenmietwert-Limite eingestuft werden», wie es in einer Mitteilung heisst.

Die Initiative enthält auch eine Steuererleichterungs-Massnahme für Mieter und Wohneigentümer, die als Arbeitnehmende für ihre Berufstätigkeit ein privates Arbeitszimmer zur Verfügung stellen. Diese Kosten sollen als Erwerbsunkosten steuerlich geltend gemacht werden können. Für Mieter ist ein Mietkostenabzug vorgesehen, für Wohneigentümer eine Abzugsmöglichkeit vom Eigenmietwert. **kt**

Polizei schnappt Einbrecher

20-jähriger Bulgare in Haft

Kilchberg. Ziemlich dreist verhielt sich vergangenes Freitagmorgen ein 20-jähriger Bulgare. Zuerst brach er in ein Wochenendhaus in Kilchberg ein. Anschliessend kehrte er seelenruhig in ein Wohnmobil zurück, das er unweit des Tatortes abgestellt hatte. Das Wohnmobil soll er nach Polizeiangaben kurz zuvor im angrenzenden Kanton Solothurn gestohlen haben. Der Mann befindet sich jetzt in Haft. **kt**

Zur Abstimmung über die Bruderholzspital-Initiative

Die Elimination des Spitals löst keine Probleme

Von Heinrich Schaefer-Pegoraro

Auf uns kommen grosse Probleme zu. Einerseits die bekannte, aber immer noch nicht wirklich zur Kenntnis genommene Verschiebung in unserer Bevölkerung: weg von den berufstätigen Jungen hin zu den vermehrt medizinischer Leistungen bedürftigen Alten mit der Zunahme degenerativer Krankheiten wie Alzheimer. Die Gründung der Spitex vor dreissig Jahren war ein erster Schritt, der Situation gerecht zu werden. Damals belächelt, ist sie heute eine nicht mehr wegzudenkende segensreiche Institution und Basis unserer Gesundheitsversorgung.

Die heutige Medizin hat enorme Fortschritte gebracht im Behandeln akuter bedrohlicher Krankheiten wie Herzinfarkt. Auch die Prophylaxe lässt viele Alterungsprozesse milder ablaufen. Bei chronischen Leiden, wie sie im Alter immer häufiger werden, auch weil man das vorzeitige Wegsterben verhindern konnte, ist die Medizin mässig erfolgreich und bei gewissen Krankheiten wie der Demenz weitgehend erfolglos.

Wir Ärzte mussten lernen, dass dem Dogma «zuerst die Ursache behandeln und nicht das Symptom» leider nicht immer nachgelebt werden kann, wenn wir die Ursache nicht erfolgreich therapieren können. Und trotzdem und gerade dann braucht der Patient unsere Hilfe. Mit der Integration der Palliativmedizin in unseren Aufgabenkatalog haben wir dieser Erkenntnis jetzt Nachachtung verschafft.

Aus all diesen Gründen muss die Grundversorgung in der Medizin verbreitert werden. Wir müssen uns fragen, ob die scharfe Abgrenzung der

Pflegeheime von den Spitälern noch richtig ist. Heute kann ein Pflegenotfall nur in einem Spital behandelt werden, die Pflegeheime sind zur 98-prozentigen Auslastung verpflichtet und haben keine freien Kapazitäten. Wenn man weiss, dass ein Pflegeheimtag etwa 300 Franken kostet, ein Spitaltag aber 2000 und 3000 Franken, so gibt das schon zu denken. Dass die Finanzierung historisch gewachsen und unverständlich ist, macht die Sache nicht leichter. Das Spital ist für den Patienten gratis, im Pflegeheim bezahlt er zwei Drittel. Die jetzige Gesundheitspolitik besteht vor allem darin, dass Kanton und Kassen sich gegenwärtig Leistungspflichten zuschieben wollen.

Das nahe Bruderholzspital leistet seinen Dienst als Portalspital optimal.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass fast 50 Prozent unserer Ärzte und Krankenschwestern heute aus dem Ausland kommen. Unser heute noch einzigartig hohes Lohnniveau macht diesen Import möglich. Es ist mehr als fraglich, ob wir dieses Niveau in den nächsten Dezennien werden halten können. Deutschland hat bereits begonnen, seine teuer ausgebildeten Ärzte mit attraktiven Angeboten zurückzuholen. Weiter müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Digitalisierung und Akademisierung der Pflegeberufe häufig die Betreuer weg vom Patienten an den Computer zwingen. Da die Pflege kaum von der Robotersie-

lung profitieren kann, wird man nachdenken. Oder kennen Sie ausser dem Closomaten einen Pflegeroboter?

Basel hat ein einzigartig strukturiertes und einzigartig teures Spitalwesen: Ein Unispital umgeben von Privatkliniken mit seit 20 Jahren Tageskosten, die gut einen Drittel höher sind als im Rest der Schweiz. In Basel fehlt ein Stadtspital für die Grundversorgung mit obligatorischer Aufnahme für alle Patienten aller Versicherungsklassen wie sonst in der Schweiz üblich. Das nahe Bruderholzspital leistet diesen Dienst als Portalspital optimal, wie dies auch das kantonale Konzept Vesal fordert. Und es entlastet die grösste Notfallstation der Schweiz in der Basler Altstadt. Die optimale Zusammenarbeit mit der Uniklinik hat höchste Priorität und ist extrem wichtig für unsere Patienten. Die Rechtsform dieser Struktur ist sekundär.

Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn wegen momentaner selbstgemachter Finanzprobleme ein notwendiges und kostengünstig arbeitendes Grundversorgerspital an strategisch optimaler Lage geschlossen würde. Besitzerin ist die Bevölkerung und nicht ein Regierungsrat. Übrigens: Im Nein-Komitee sitzen hochrangige Funktionäre von Privatspitälern. Es gilt die Unschuldsvermutung. Darum am 21. Mai Ja zum Bruderholzspital.



Heinrich Schaefer-Pegoraro ist Facharzt für Innere Medizin FMH in Bottmingen.

Nachrichten

72-jähriger Laufentaler wird vermisst



Röschenz. Am letzten Montag kurz vor Mittag verliess Matthias Gadiant seinen Wohnort und ist seither unauffindbar. Der 72-Jährige, der nächsten

Montag Geburtstag hat, gilt als psychisch angeschlagen. Wie die Polizei mitteilt, ist er schlank, hat einen grauen und sehr kurzen Haarkranz. Er trägt graue Turnschuhe, dunkelgraue Jeans sowie einen blauen quergestreiften Pullover, eine braune Strickjacke sowie eine gelb-schwarze Outdoor-Jacke.

3478 Unterschriften für den Erhalt der Post

Bottmingen. Die Petition der SP Bottmingen zum Erhalt der Poststelle wird auch regional stark unterstützt. Wie die Partei mitteilt, wurde das Begehren dem Gemeinderat inzwischen übergeben. Unterzeichnet wurde es von 3478 Personen. Knapp jede zweite Unterschrift (47 Prozent) stammt aus einer der umliegenden Gemeinden. Die Post sei die publikumsintensivste Institution im Dorfkern, schreibt die SP. Eine Schliessung sei ein weiterer Schritt Richtung Schladford.

Naturbad braucht Erholungszeit

Breitenbach. Das Breitenbacher Naturbad wird in der neuen Saison montags geschlossen bleiben. Wie die Gemeindeverwaltung mitteilt, erhalte das Badewasser dadurch «zusätzliche Ruhezeit zur Regeneration». Längere Badezeiten bleiben aber erlaubt, obwohl «möglichst alle Nährstoffe vom Wasserbereich fernzuhalten» seien. **kt**



«Gedeon Thommen» hinter Glas. Bei der Station Talhaus in Bubendorf soll der Dampfzug ausgestellt werden. Foto Thomas Stutz

Letzte Ruhestätte für die Dampfbahn

Pavillon für Waldenburgerli-Lok könnte an Zonenvorschriften scheitern

Von Christian Horisberger

Bubendorf. Ihren grössten Kampf haben die Dampfbahn-Fans im Waldenburger Tal verloren. Mit der Umstellung der Spurweite von 75 Zentimetern auf einen Meter wird die 115-jährige Dampflokomotive «Gedeon Thommen» endgültig zum Museumsstück. Denn einen Spur-Umbau der Lok würden die Bahn-nostalgiker dem Original niemals antun.

Nun möchte der Verein Dampfbahn Waldenburgerbahn (VDWB) der Lok wenigstens eine würdige letzte Ruhestätte bieten. Zusammen mit einem Personenwagen und einem Güterwagen soll die Lok in einem Pavillon beim Restaurant Talhaus neben der gleichnamigen WB-Station ausgestellt werden. In dem Pavillon soll die Zug-Komposition von aussen gut sichtbar, aber auch vor Vandalismus und Wetter geschützt sein.

Die Talhaus AG, im Mitbesitz von BLT-Beirätin Esther Maag, würde das Grundstück kostenlos zur Verfügung stellen, meldete der VDWB bereits vori-

ges Jahr auf seiner Website. Die Baselland Transporte AG (BLT), die mit der Waldenburgerbahn auch das historische Rollmaterial erwarb, ist an der Planung beteiligt. Die Finanzierung des Vorhabens mit Kosten von rund 650 000 Franken ist gesichert: Der Regierungsrat hat aus dem Swisslos-Fonds im November provisorisch ein «Kostendach» über den gesamten Betrag bewilligt. «Sollten die Antragsteller weitere Sponsoren finden, würde sich unser Beitrag verringern», sagt Heidi Scholer, die den Swisslos-Fonds verwaltet. «Wird das Projekt teurer, müssten sie eben sehen, wie sie das weitere Geld auftreiben.»

Grundstück nicht zonenkonform

Es gibt eine Lok, es gibt ein Grundstück, das Geld ist da und ein konkretes Projekt hat man auch. Dennoch steht das Abfahrtsignal für die Dampfbahn auf Rot: Laut der Volksstimme ist das für den Pavillon vorgesehene Grundstück nicht zonenkonform. Der Bereich ist als «Spezialzone Caravanning und Restau-

rant» in der Landwirtschaftszone ausgeschieden. Das vorgesehene Projekt ist damit nicht kompatibel. Laut dem Bubendorfer Gemeindepräsidenten Erwin Müller wäre ein offener Unterstand bewilligungsfähig, doch handle es sich hier um ein geschlossenes Gebäude mit beachtlichen Dimensionen. Dafür müsste eine Ausnahmeregelung geprüft werden. Da es sich um ein Grundstück in der Landwirtschaftszone handelt, sei der Kanton zuständig.

Laut Bauinspektor Andreas Weis haben Vorgespräche bereits stattgefunden. Grundsätzlich stünden die kantonalen Bewilligungsbehörden dem Vorhaben positiv gegenüber. Ob tatsächlich eine Baubewilligung erteilt werden könne, hänge vom Ergebnis des Baubewilligungsverfahrens ab. Darin zeige sich erst, ob begründete Einsprachen dagegen erhoben werden. Ein definitives Projekt hätten die Initianten noch nicht eingereicht, daher seien Fragen zu Standort, Zonenkonformität und Bewilligungsfähigkeit noch nicht geklärt.

Solothurner Stimmberechtigte entscheiden über Lehrplan 21

Kritiker warnen vor einem Paradigmenwechsel

Von Tobias Gfeller

Dornach. Am 21. Mai wird im Kanton Solothurn über die Volksinitiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21» abgestimmt. Der Regierungsrat entschied vor zwei Jahren, den Lehrplan 21 auf das Schuljahr 2018/2019 hin einzuführen. Wie fast in der ganzen Deutschschweiz formierte sich auch im Kanton Solothurn Widerstand gegen den selbst bei Lehrpersonen umstrittenen Lehrplan 21.

Einer der führenden Köpfe des schweizerweiten Widerstandes ist der Bieler Lehrer Alain Pichard, der sich selbst politisch als links-grün bezeichnet und Mitglied der Grünliberalen Partei (GLP) ist. Er empfinde den Lehrplan 21 als eine Einnischung in die Schulen, an denen mit Kompetenzstufen Vergleichbarkeit und eine Ökonomisierung stattfinden sollen. «Das ist ein Paradigmenwechsel. Die Volksschule wird mit dem Lehrplan 21 zur Ausbildung. Wir machen an den Schulen aber Bildung», ist er überzeugt.

Methodenfreiheit für die Lehrer?

Bildungsdirektor Remo Ankli (FDP) widersprach an der Podiumsdiskussion im Neuen Theater am Bahnhof in Dornach Alain Pichard vehement. «Der Lehrplan 21 ist kein Paradigmen- oder Systemwechsel», sagte er. «Er ist eine Weiterentwicklung des Bestehenden.» Und das Bestehende sei der 1992 eingeführte und seit damals stets weiterentwickelte aktuelle Lehrplan.

«Natürlich ist der neue Lehrplan kompetenzorientiert aufgebaut. Aber er ist nicht der grosse Schritt, wie er teilweise dargestellt wird», sagte Ankli weiter. Zudem werde die Methodenfreiheit der Lehrerschaft gewahrt.

Alain Pichard sieht die Freiheit der Lehrer, wie sie was unterrichten wollen, in Gefahr. Der Lehrplan 21 schreibe zu viele Belange des Unterrichts vor. «Die Schule wird so zum totalitären System!», hielt er fest. Gerade über die neuen Lehrmittel werde die Freiheit der Lehrpersonen eingeschränkt.



Alain Pichard.



Remo Ankli.

Regierungsrat Remo Ankli warnt vor einer Annahme der Initiative gegen die Einführung des Lehrplans 21. «Wir würden damit zu einer Insel in der Nordwestschweiz und der ganzen Schweiz», sagte er. Dem stimmte der Dornacher Kantonsrat Daniel Urech (Grüne) aus dem Plenum bei. «Das ist gerade durch die Lage des Kantons Solothurn und dessen Verbundenheit mit anderen Kantonen gefährlich.»

Bei einem Ja müsse entweder der bestehende Lehrplan weiterentwickelt oder ein ganz neuer Lehrplan erarbeitet werden. «Auch das würde zu vehementen politischen Diskussionen führen», ist der Bildungsdirektor überzeugt.

Kompetenzstufen als Anreize

Das Publikum im Neuen Theater am Bahnhof debattierte danach selber intensiv mit den beiden Exponenten mit. Die Meinungen waren dabei eher auf der Seite des Lehrplankritikers. «Die Bildung wird zu sehr politisiert. Das Vertrauen sollte ganz den Lehrern gehören», meinte etwa Pia Amacher, ihres Zeichens Präsidentin der Elternlobby Schweiz.

Eine andere Teilnehmerin des Podiums kennt den Lehrplan 21 von ihren Grosskindern, die im Kanton Zürich zur Schule gehen. Gerade die Kompetenzstufen, die ein wichtiger Bestandteil des Lehrplans 21 sind, empfinde sie als positiv. «Sie sind ein Anreiz für die Kinder. Auch Schwächere werden demnach gefördert.» Alain Pichard stört sich aber an diesem «Primat des Könnens», wie er die Kompetenzstufen selber bezeichnet.